

447/AE XX.GP

der Abgeordneten Heide. Schmidt, Helmut Peter und PartnerInnen
betreffend Schaffung eines Privatisierungsgesetzes im Bankenbereich
Wie die Diskussion um den Verkauf der Bundesanteile an der Creditanstalt und den
damit im Zusammenhang stehenden Strukturanpassungen in der österreichischen
Bankenlandschaft deutlich gezeigt hat, ist es unumgänglich notwendig,
Rahmenbedingungen zu schaffen, die einen völligen Rückzug von
(partiell)politischen Einflüssen aus unternehmerischen Entscheidungen sicherstellen.
Mit dem Rückzug der (Partei)Politik soll erreicht werden, daß unternehmerische
Entscheidungen - wie insbesondere Unternehmensübernahmen - nicht mit dem
Motiv der Erhaltung der Einflußsphäre von politischen Parteien gefällt werden,
sondern ausschließlich nach betriebswirtschaftlichen Kriterien beurteilt werden. Nur
Entscheidungen, die auf rein betriebswirtschaftlichen Überlegungen beruhen,
haben eine Chance auf eine erfolgreiche Umsetzung und sind damit geeignet, den
österreichischen Unternehmen die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit zu
gewährleisten.
Um den Rückzug der Politik aus dem Bankenbereich einzuleiten und damit die
Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Banken unter sich rasch verändernden
internationalen Rahmenbedingungen auch in Zukunft zu erhalten, stellen die
unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zur Schaffung eines Privatisierungsgesetzes im Bankenbereich vorzulegen, mit dem alle gesetzlichen Maßnahmen geschaffen werden, um eine schrittweise Privatisierung der im öffentlichen Eigentum stehenden Aktienbanken, Landeshypothekenanstalten und Gemeindesparkassen innerhalb einer angemessenen Frist einzuleiten und damit den Wegfall jedes direkten oder indirekten Einflusses des Bundes, der Länder und Gemeinden auf Unternehmen im Bankenbereich sicherzustellen."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Finanzausschuß vorgeschlagen.